

Joachim Esenwein

Fraktionssprecher  
Sophienstrasse 57  
74363 Güglingen

**BÜRGER - UNION**  
**WÄHLERVEREINIGUNG**  
**GÜGLINGEN**  
**FRAUENZIMMERN**  
**EIBENSACH**



Joachim Esenwein Sophienstrasse 57 74363 Güglingen

Güglingen, den 15.02.2022

An die  
Stadtverwaltung Güglingen  
Herrn Bürgermeister Ulrich Heckmann  
Marktstraße 21  
74363 Güglingen

Haushaltsrede 2022

Sehr geehrter Bürgermeister Heckmann, Herr Behringer und alle anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und liebe Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Rainer Dahlem wurde von Friedhelm Römer, nach den Erfolgsgeschichten in den zurückliegenden Jahren im Gemeinderat gefragt.

Seine Antwort: „Der Zusammenhalt und das Klima im Gemeinderat haben sich deutlich verbessert.“

In herausfordernden Zeiten ist die Herausforderung für das Zusammenhalten, nicht das Spalten zentral. Das ist uns in den vergangenen Jahren im Rat nicht gut gelungen.

Dies gilt bei der Unterstützung des Bürgermeisters genauso, wie für Diskussionen wichtiger Themen innerhalb des Rates.

Oft verlieren wir die Bürgerinnen und Bürger und deren Anliegen aus dem Auge, obwohl unsere Entscheidungen über Jahrzehnte hinaus wirksam sind.

Unsere Entscheidungen im Rat benötigen zu lang, Einsparungen um der Einsparung willen, verlängern die Planungszeiträume, Einschätzungen der Verwaltung werden häufig bezweifelt. Das herausragende Beispiel hierfür ist das Bauprojekt Kita Gottlieb-Luz/Familienzentrum. Seit zwei Jahren schon könnten Kinder in der Kita optimale Bedingungen genießen, die Familienarbeit noch bessere Voraussetzungen haben. Selbst verschuldete Containerkosten, die auf über 700 000 € anwachsen werden, die Preisentwicklung auf dem Bausektor und fehlender Blick auf Notwendigkeiten werden das Projekt nach unserer Prognose wieder auf die Ausgangskosten zurückwerfen, wenn wir Glück haben. Und bei noch größerem Glück könnte es so sein, dass es nur die Containerkosten sind, die an den Einsparungen knabbern. Das halten wir aber für sehr unwahrscheinlich. Dass wir in dieser Situation sind, ist den Mehrheitsbeschlüssen des Gemeinderates zu verdanken. Wenn wir die Kita fertig gebaut haben, werden Kinder ein komplettes Containerleben in die Schule mitnehmen. Allein die Containerkosten, die über 4 Jahre und zusätzliche 2 Jahre finanziert werden müssen, verschlingen angestrebte Einsparungen. Die weiteren Kostensteigerungen, die durch die langen Planungs- und Baukosten entstehen, werden diesen Bau teurer machen als den bei einer normalen Bauabwicklung.

In den Kitas und Schulen schlägt die Omikron-Variante des Virus zu. In anderen Schulen werden zumindest Grundschulen und Kitas mit Luftfiltern geschützt. Kommunen in der weiteren Nachbarschaft haben die nicht geringen Zuschüsse von Bund und Land genutzt. Bei Anmeldungen orientieren sich Eltern sogar an dieser Infrastruktur der Lüftung in Schulen, weil der nächste Winter bestimmt kommt. Schülerinnen und Schüler werden laut mit 138 000 Unterschriften, unterstützt von Wissenschaftlern, rund 100 Schulsprechern, Elternvertretern. Wir hoffen auf die mehrheitliche Unterstützung für den Bürgerentscheid.

Das Bürgerbegehren erfährt auch im zweiten Anlauf mit über 960 Unterschriften eine noch stärkere Unterstützung aus der Bevölkerung als im ersten Begehren.

Der Gemeinderat hätte die zweite Chance Größe zu zeigen, nicht nur das Begehren zu akzeptieren, sondern die Umsetzung in den Kitas und Schulen in die Hand der Bürger zu geben. Die Bürgerinnen und Bürger würden erkennen, dass es doch noch Gemeinsamkeiten im Rat gibt, über Fraktionsgrenzen hinweg. Notwendig wäre das auch in anderen Fragen.

Während in Nachbargemeinden das kulturelle Erbe langfristig gesichert werden soll und auch enorme finanzielle Investitionen in das historische Erbe fließen, so in Brackenheim und Lauffen, wird in Güglingen am Römermuseum gerüttelt.

Während in Zaberfeld innerhalb kürzester Zeit die biologische Vielfalt und deren besonderen Schutz ins Zentrum rückt, stecken wir in den Kinderschuhen und sehen die Notwendigkeit nur im Engagement für zusätzliche Ökopunkte, die uns durch unsere Bauaktivitäten auferlegt sind, aber nicht darin, z. B. mit der Landwirtschaft und den Bürgern über Konzepte für naturnahe Gestaltung von Gärten und Grünflächen ins Gespräch zu kommen. Die Biotopvernetzung zusammen mit der Landwirtschaft zu gehen, ist bisher kein Thema. Die Biotopvernetzungsplanung liegt seit Jahrzehnten in der Schublade. Sie ist mit dem Namen Kluczinski verbunden, den die wenigsten hier im Rat noch kennen. Schwaigern geht den Weg der Entwicklung der Biotopverbundfläche im Offenland zusammen mit den Landwirten, BUND und NABU. Die Bürger-Union ist zusammen mit anderen Gruppen, unter anderem dem NABU Güglingen in einer anderen Konstellation aktiv, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Kommunen des Zabergäus zu einer gemeinsamen Zukunftsplanung zu ermutigen.

In Güglingen werden festgesetzte Ausgleichsmaßnahmen selbst im vorgeschriebenen Maß nicht auf den Weg gebracht.

Während andere Gemeinden wie Massenbachhausen mit deutlich geringerem Etat in die grüne Ortsmitte investieren, kommen wir nur zögerlich voran.

Uns fehlt die offene Diskussion der grünen Entwicklung Güglingens, z.B. der Erweiterung der Zaberrenaturierung, der inneren natürlichen Begrünung, der Realisierung des Stadtgartens inclusive einer intelligenten Randbebauung für eine zeitgemäße Wohnform der Betreuungs- und Pflegeeinrichtung. Hier bietet Schwaigern ein absolut vorbildliches Projekt ab, nicht allein vom Betreuungsansatz, sondern auch vom baulichen Standard KfW40+.

### **Die Bürger-Union bittet nochmals darum, im Haushaltsjahr 2022 ein Projekt in der Stadtmitte voranzubringen, und es mit dem Stadtgartenprojekt in einer klugen und geeigneten Weise zu verbinden.**

Uns fehlen die konzeptionellen Zukunftsentwürfe. Wir denken oft nur in monetären Größen entlang von Einzelprojekten, drehen uns dort im Kreis, bis die vermuteten Einsparungen aufgefressen sind. Wir bewegen uns nur mühsam voran.

Es mangelt bisher an einem konsequenten Konzept, die CO<sub>2</sub>-Einsparziele bis ins Jahr 2030 und 2045 zu erreichen. Sie sind notwendig, damit auch das Land die gesetzten Ziele erreichen kann. Hierzu zählt beispielsweise auch die Reaktivierung der Zabergäubahn im Heilbronner Stadtbahnverkehrsverbund. Dass Güglingen als „Kommune mit ausgezeichnetem Energiemanagement“ gewürdigt wurde, ist ein vergleichsweise guter, aber sehr kleiner Schritt, denn unsere städtischen Immobilien genügen im Wesentlichen nicht den heutigen energetischen Anforderungen an Bestandsimmobilien. Hier befinden wir uns auch nicht, wie auf der städtischen Homepage zu lesen ist „auf einem guten Weg, unsere Emissionen zu vermindern.“ Wir halten einen Sanierungsplan für nötig mit einem ersten Zeithorizont bis 2030.

**Antrag: Die Bürger-Union stellt den Antrag einen energetischen Sanierungsplan für die städtischen Wohnimmobilien zu erarbeiten, hierfür alle Fördermöglichkeiten zu untersuchen, bzw. untersuchen zu lassen und diesen mit einem Zeithorizont zu verbinden.**

Die im Haushalt vorgesehenen Mittel halten wir für nicht ausreichend, denken aber, dass im notwendigen Falle, im Nachtrag nachgebessert werden kann. Deshalb stellen wir hierzu keinen Antrag, sehen aber, dass der mittelfristige Finanzplan andere Zahlen widerspiegeln muss.

Uns liegen bisher keine konkreten Ziele vor, die sich am Pariser Klimaschutzziel messen lassen können. Wir sehen bisher nicht, dass wir „auf einem guten Weg (sind), so unsere ambitionierten Ziele zu erreichen.“ Hier zeigen viele andere Kommunen, dass sie uns bereits deutlich überholt haben. Als direkter Vergleich

kann Brackenheim dienen.

Dabei stellen sich beispielsweise Fragen: Wie kommen wir in der Frage der Photovoltaik schneller zum Ziel, als wir es tun? Wir vermuten, dass wir bei dieser Frage mit dem Ziel eines schnelleren Fortschrittes an personelle Belastungsgrenzen kommen. In Leingarten treibt die Stadt den Ausbau der Photovoltaik zusammen mit einem Partner voran. Die Stadt nimmt dessen Expertise und Professionalität in Anspruch. Möglicherweise müssen wir doch auch diesen Schritt gehen und von einer eigenen Lösung Abschied nehmen.

Die Alternative läge in der personellen Aufrüstung für diese Aufgaben, die eine Kommune als zukunftsichernde Maßnahme in Angriff nehmen muss. Bei vielen anderen notwendigen Impulsen steht unsere Ampel zu selten auf grüner Welle. Das liegt aber nicht an der Verwaltung, sondern wiederum an den Mehrheitsbeschlüssen im Rat.

Seit 2010 sind wir aktiv für eine Aufwertung der Innenstadt. Hier sind wir auf einem guten Weg. Aber unsere Planungs- und Umsetzungszeiträumen halten mühelos Schritt mit wenig rühmlichen Projekten in Deutschland. Auch ist das Ergebnis unserer Aktivitäten auf dem Wohnungsmarkt kontraproduktiv zu den Bedürfnissen einer breiten Einwohnerschicht auf angemessene Mieten.

Wir verkaufen kommunale Gebäude und Wohnungen, in denen die Quadratmetermieten deutlich unter 8 Euro liegen und vermieten im eigenen Neubau am Stadtgraben/Deutscher Hof mit über 10 Euro/m<sup>2</sup>. Mit dem Verkauf der Wohnungen zu den am Markt erzielbaren maximalen Preisen beschleunigen wir den höchstpreisigen Mietwohnungsmarkt. Aktuell werden 13,44 Euro/m<sup>2</sup> für eine der Wohnungen aufgerufen, die wir verkauft haben. Es ist nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, den hochpreisigen Markt zu bedienen. Während andere Kommunen darauf achten, dass in neuen Wohngebieten ein Anteil geförderter Mietwohnungsbau entsteht, bleibt in Güglingen allein die Hoffnung auf die Aussagen von Investoren. Durch unsere Verkaufsstrategie werden wir sogar Treiber der Wohnungsmieten. Das ist die dunkle Kehrseite hoher Einnahmen aus Wohnungsverkäufen am Stadtgraben /Deutscher Hof.

Im Nachklapp war die Strategie des Bürgermeisters noch immer die Bessere, an einen institutionellen Anleger alle Wohnungen zu verkaufen, und einen Mietpreis unter 10 Euro notariell zu vereinbaren. Mehrheiten für seinen Weg hat der Bürgermeister nicht bekommen, und unsere Argumente fanden keine Berücksichtigung. Mit einer anderen Politik, die landauf, landab von den Kommunen gefordert und auch gepflegt wird, hätten wir für den Wohnungsmarkt ein besseres Zeichen setzen können.

Der Rat hat es leider mehrheitlich noch nicht verstanden, dass Zukunft nicht bedeutet, die Gegenwart in die Zukunft hinein zu verwalten.

Wenn es uns im Rat gelänge interfraktionell das Neue vielleicht auch Unerwartete nach Möglichkeiten abzusuchen, könnte die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und der Verwaltung zu Lösungen führen, die der Zukunft unserer Einwohner zu Gute kommen.

Dass die Idee des Bürgermeisters von Tiny- Häusern auf der vorgesehenen Fläche im Baugebiet Herrenacker gescheitert ist, ist ein weiteres kleines Beispiel vertaner Chancen. Warum lassen wir uns nicht doch auf diese schnell umsetzbare Idee mitten in Güglingen ein? Korrekturen sind möglich.

Bei einer achtsamen Zusammenarbeit kommen wir zu schnelleren Lösungen, haben Zeit Planungen konzeptionell vorzubereiten.

Neue Herausforderungen liegen schon jetzt auf dem Tisch.

Dass wir für eine neue notwendige Kita wieder unter Zeitdruck kommen, uns nicht die nötige Ruhe für das Abwägen von Planung und Konzeption nehmen, obwohl von Frau Koch und unserer Fraktion und das Thema bereits vor zwei Jahren angesprochen worden ist, ist ein weiteres Problem. Ich höre noch die Aussage: „Bauen wir jetzt in Güglingen nur noch Kindergärten“? Die Zahlen in einer weiteren Vorlage hierzu sprechen nicht erst jetzt eine deutliche Sprache.

Dass wir in diese Situation kommen, war früh absehbar. Man musste nur die städtebaulichen Aktivitäten hochrechnen. Wir werden noch sehen, dass es einen zusätzlichen Coroneffekt „on Top“ geben wird. Die Überlegungen der Bürger-Union stehen im Raum, die Kitaplanung mit einer notwendigen größeren Mensaplanung zu verbinden. Durch den Anspruch auf Ganztagesbetreuung in den Schulen wird es erneut notwendig ganzheitliche Betrachtungen anzustellen. Für uns gäbe es Synergieeffekte abzuwägen, Standortüberlegungen in den Schulkontext zu stellen.

Ganz sicher werden weitere Ganztagesräumlichkeiten notwendig. Eine Inklusionsschule, wie die Katharina-

Kepler-Schule, ist ebenso ohne Aufzug nicht mehr vorstellbar.

Generell ist es notwendig, der Katharina-Kepler-Schule mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Welche Rolle könnte der Westbau für die Entwicklung der Schule spielen? Wie sehen die Klassenräume moderner Schulen aus? Was sind die besonderen pädagogischen Aufgaben der Schule und welche Hilfe erwartet die Schule von den Kommunen?

Die Güglinger Schulen müssen einen einheitlicheren Blick erfahren. Es darf keine Schulen mit Infrastrukturen erster und zweiter Klasse geben und keine Schüler erster und zweiter Klasse.

Über die Schulhöfe selbst wollen wir gar nicht sprechen. Wenn die Zeit drängt, weil Planungszeiträume nicht genutzt wurden, werden adhoc-Vorstellungen wieder zum Maß der Entscheidungen.

Standortentscheidungen müssen sich aber den komplexen Anforderungen stellen, sie müssen formuliert und bewertet werden. Der Blick muss auf den Bildungscampus, Kita, Schule gerichtet werden.

Die Entwicklung der Schülerzahlen seit 2010 (damals hatte der Schulstandort 1100 Schülerinnen und Schüler) macht uns Sorgen, deshalb muss Ganztage dem Nutzen der Kinder dienen und nicht Ihrer Unterbringung so lange Eltern arbeiten. Daraus ergibt sich ein Auftrag. Wir benötigen einen neuen Güglinger Bildungsaufbruch. Von der einst als notwendig erachteten Verbundschule erkennen wir keine eingerammten Pflöcke. Der Schulstandort benötigt infrastrukturellen und inhaltlichen Rückenwind. Wir sollten jetzt nicht noch einmal Fehler der Vergangenheit wiederholen.

**Antrag der Bürger-Union: Wir bitten die Verwaltung, den Gemeinderat zu einer Besichtigung der Schulen einzuladen und mit den Schulleitungen einen ersten Austausch zu organisieren, der die Zukunftsentwicklung Ganztageschule, Entwicklung der Infrastruktur, digitalisiertes Lernen, Zukunftskooperation ins Auge fasst.**

Der Flächenverbrauch ist nicht nur in unserer Region ein Sorgenkind, deshalb gilt es diesen zu begrenzen. Güglingen muss sich konsolidieren und die innere Qualität weiter steigern. Indem wir uns beschränken, kompensieren wir teilweise den Flächenverbrauch, der sich durch die industriellen Erweiterungen ergibt. Auch hier heißt es in Zukunft, kreativer zu werden und ganzheitlich zu handeln.

Der Stadtentwicklungsplan 2030 enthält nach unserer Einschätzung neben Fehlentwicklungen kleine Schätze, die man heben muss. Dies gilt z.B. für die Baulücken auf der Gemarkung.

Wir haben in Güglingen und den Teilorten viele Baulücken, die geschlossen werden könnten. Der Flächenverbrauch kann in Schach gehalten werden, wenn wir sie aktivieren könnten. Hierzu werden Vorschläge gemacht. Ein Hebel könnte hierbei auch die Grundsteuer sein, die mit ihrer Reform neu überarbeitet werden muss.

Bei der Reform der Grundsteuer schlagen wir mit Blick auf deren Ausgestaltung die bebauten Grundstücke auf der jetzt bestehenden Höhe belassen. Auf den erschlossenen unbebauten Grundstücken könnten wir die Steuer nach oben anpassen, so dass es für Besitzer interessant wird, sie an den Markt zu bringen. Hierzu halten wir eine öffentlich geführte Diskussion in 2022 für erforderlich.

**Wir stellen den Antrag die Grundsteuer und Überlegungen hierzu sowie Vorschläge zu deren Festsetzung im ersten Halbjahr 2022 im Gemeinderat öffentlich zu behandeln.**

Die Landesregierung hat aktuell weitere Voraussetzungen dafür geschaffen bestehende erschlossene Bauflächen leichter einer Bebauung zuzuführen, um den Flächenverbrauch einzuschränken. Hierbei ist Güglingen explizit benannt.

Dies betrifft die Weiterentwicklung des Vorkaufsrechts und die Bewertung der Grundstücke nach dem Verkehrswert als Hebel, um sie auf dem Wohnungsmarkt mobil zu machen. Es gibt in Güglingen und den Teilorten sichtbar ungenutzte leerstehende Immobilien. Sie können ins Blickfeld rücken, um die Qualitäten zu heben, die in unserer Stadt seit Jahrzehnten einen Dornröschenschlaf abhalten.

Viele Kommunen haben auf die Änderungen gewartet, um die Flächen im Innenraum und den bestehenden Baugebieten mobiler zu machen, und sie begrüßen diese Veränderungen.

Die von uns aufgezeigten Problemstellungen und Notwendigkeiten sind immer mit Finanzierungsfragen verbunden. Und in unserem Vortrag sind die vielen Verwaltungsabläufe noch gar nicht eingebunden, die immensen Dienstleistungsaufgaben, die von uns allen gewünschte Bürgernähe, die in der Pandemie gelitten hat, die mit einem motivierten Personal und gut ausgestatteten Büroräumen gelingen kann. Das digitale Bürgerbüro, wie stellt es sich dar? Wird es vom Zuhause aus aufgerufen? Benötigt es eine Anlaufstelle? Muss sie notwendigerweise im Rathaus sein oder wäre die jetzige Volksbank ein adäquater

Anlaufpunkt? Besitzt es Bedienterminals für die Bürger? Hätten wir mit den Volksbankräumen eine ideale barrierefreie Anlaufstelle, die durch die Straßen- und Platzgestaltung die Bürger:Innen einlädt, willkommen heißt? Ist dieses Gebäude im EG zu haben, zu kaufen, zu mieten? Gäbe es mehr her als alleine das Bürgerbüro?

Dieser ganze Fragenkomplex liegt mitten in der übergeordneten Aufgabenstellung der Rathausdigitalisierung.

**Auch hierzu sollten wir im Jahr 2022 Antworten finden. Wir bitten den Bürgermeister diese Thematik als Anregung ins Haushaltsjahr mitzunehmen.**

Diese Herausforderungen werden im Rat bisher nur randlich wahrgenommen, es sind aber Kernaufgaben, direkt mit den kommunalen Digitalisierungsaufgaben verbunden. Die Aufgaben, die sich aus dem Onlinezugangsgesetz ergeben, die aber auch im Interesse von Wirtschaft und Einwohnerschaft liegen, sind herausfordernd, und die zu schaffenden Arbeitsplätze benötigen sehr gute IT-Fachkräfte. Sie sind nicht zum Nulltarif zu haben. Wir sind der Meinung, dass Handlungsbedarf besteht.

**Antrag: Wir beantragen das Thema Digitalisierung dem Gemeinderat in seiner Breite zu erläutern und darzustellen, ob das vorhandene Personaltableau ausreichend ist. Ob für die Aufgabenstellung, wie elektronische Aktenführung, elektronische Bezahlung in Verwaltungsangelegenheiten, elektronische Bauanträge, elektronischer Datenaustausch mit übergeordneten Behörden, Online-Authentifizierung, Sicherheitsmanagement, und weiterer Themenfelder, die Schaffung einer qualifizierten IT-Stelle dauerhaft nötig ist.**

Andere Kommunen sehen dies als notwendig oder diskutieren die Notwendigkeit. Nötigenfalls ist im Nachtrag diese Stelle einzurichten.

Damit kommen wir jetzt zum Thema der Steuern.

In Güglingen sind die Aufgaben, die vor uns liegen herausfordernd. Das wird aus unserer Betrachtung heraus deutlich.

Und es geht uns um die gesamte Infrastruktur integriert in die soziale, ökologische, Zukunftsentwicklung. Viele dieser Aufgaben und Kosten haben wir bereits in der Haushaltsrede 2021 beschrieben, deshalb nur summarisch die

Kosten für die Umgehungsstraße, für den Rückbau der vom Durchgangsverkehr befreiten Hauptverkehrswege; für die Stadtbahn, die weniger an Investitionen erfordert als die Umgehungsstraße, für die Erweiterung der Feuerwehr durch neue Herausforderungen, die z.B. dem Bau von Mehrfamilienhäusern und der Entwicklung der Industrie geschuldet ist.

Zusätzlich belasten Personalkosten nicht nur durch jährliche Lohnsteigerungen, sondern durch die Zunahme des Betreuungspersonals in den Kitas. Frau Koch hat bereits verdeutlicht, dass auch im „Betreuungsort“ Qualifikation nicht kostenlos ist, sondern Betreuungskosten erfordert, die über dem bisherigen Ansatz liegen. Diese Entwicklung wird uns in zwei Jahren mindestens eine zusätzliche Million jährlich kosten.

Der Erhalt der Infrastruktur ist ebenfalls nicht kostenlos, und wir sehen die deutlich steigenden Kosten. Durch die Anhebung der Steuern im Haushaltsjahr 2021 und durch die unerwartet positive industrielle Entwicklung und Auftragslage, konnte ein siebenstelliger Liquiditätsposten für das Haushaltsjahr 2022 verbucht werden.

Die meisten Kommunen in unserer Nachbarschaft kämpfen mit dem Abschmelzen ihrer Rücklagen weil der Ergebnishaushalt negativ abschließt. Die meisten Kommunen liegen auch über dem Hebesatz unserer Gewerbesteuer und auch bei der Grundsteuer stehen wir bei weitem nicht an der Spitze der Hebesätze. Schon oft haben wir über Einsparmöglichkeiten diskutiert. Der ganz große Wurf ist uns hierbei nicht gelungen. Auch in anderen Kommunen sind die Einspareffekte gering, weil es neben den Pflichtaufgaben um eine lebenswerte Infrastruktur im weitesten Sinne geht. Und im Gegensatz zu anderen Kommunen erfordert unsere besondere industrielle Infrastruktur Engagements, die mit uns in der Größe vergleichbare Kommunen nicht aufzuwenden haben. Das ist keine Neuigkeit, sondern seit Jahrzehnten Fakt. Zunehmend rückt der ÖPNV immer mehr in den Focus. Die Abwanderung von HEP hat zu einem zu berücksichtigenden Anteil mit dem fehlenden Schienenanschluss zu tun, der zur Akquirierung von qualifizierten Arbeitskräften nicht nur bei HEP immer bedeutender wird.

Auch unser Problem ist die Einnahmenseite, die wir mit der Entscheidung zu einer überfälligen gemäßigten Anpassung der Steuern und Gebühren deutlich verbessert haben.

Es sollte uns gelingen, die liquiden Mittel mittelfristig auf einen Betrag zwischen 10 und 15 Millionen Euro anwachsen zu lassen, um in einer angespannten Finanzsituation nicht wieder kurzfristig ins Jammern zu geraten. Dies kann mit einer starken Industrie im Rücken möglich werden. Deshalb bitten wir mit dem Blick auf die zukünftigen Haushaltsherausforderung das Hin- und Herdrehen an der Steuerschraube zu vermeiden. Beim Betrachten von Gemeinden mit ähnlichen Hebesätzen wird deutlich, dass sie, und zwar immer stärker, mit dem Ausgleich des Haushaltes zu kämpfen haben, massiv in ihre Rücklagen greifen, um den Haushalt auszugleichen. Es lohnt sich dabei auch einmal genauer hinzuschauen. In Lauffen z.B. ist die Diskussion um höhere Steuern 2023 gesetzt. Wie in Güglingen schlagen die Betreuungskosten und Investitionen in Kita und Schulen massiv zu Buche, und sie werden weiter steigen. Lauffen steht mit dieser Diskussion nicht allein. Und deshalb sollten wir unseren Haushalt auf der beschlossenen Basis weiter konsolidieren und die im Jahr 2021 nach fast 20 Jahren beschlossene maßvolle Steuererhöhung nicht wieder zur Diskussion stellen. Mittelfristig kann und sollte man mit dem Blick auf die Finanzsituation, nähme sie den erhofften Weg, die Steuerfrage mit der dann existierenden Erfahrung neu bewerten.

Zum Schluss möchten wir uns bei, BM Heckmann, Herrn Gohm und Herrn Kenngott ausdrücklich dafür bedanken, dass dem Gemeinderat die Aufgaben für eine sichere und stabile Qualität der Wasserversorgung aufgezeigt worden sind. Damit haben Sie ein Thema aufgegriffen, das auch wir Ihnen gegenüber im Jahr 2021 in einem kurzen Gedankenaustausch als wichtig dargestellt haben. Sie haben sehr transparent die Aufgabenstellungen der zukünftigen Wasserversorgung vermittelt, gleichzeitig Anregungen aus dem Gemeinderat mitgenommen. In ähnlicher Weise möchten wir eine Diskussion zum Hochwasserschutz anregen. Wir sind letzte Woche zufällig mit dem Chef eines in Güglingen ansässigen Betriebes in einen Gedankenaustausch gekommen, der die Behandlung des Hochwasserschutzes ebenfalls als dringend, wichtig und notwendig betrachtet.

Beide Themen würden wir gerne in einer Bürgerversammlung 2022 als einen Themenschwerpunkt sehen.

**Sehr geehrter Herr Heckmann, wir bitten eine Bürgerversammlung zu Beginn des Herbstes, im September durchzuführen.**

Eine weitere Anregung möchten wir bezüglich des Umbaus der Bushaltestellen geben. Es ist v.a. an den Rathausaltestellen und in der Heilbronner Straße bei der Planung des Umbaus darauf zu achten, dass nach der Fertigstellung der Umgehung, der Rückbau der vom Durchgangsverkehr entlasteten Heilbronner und Marktstraße berücksichtigt wird und die Barrierefreiheit bei der Überquerung der Straße hin zu den Bushaltestellen und zum Rathaus gewährleistet wird. Darauf wurde beim Neubau am Stadtgraben und ist am Rathaus bisher nicht geachtet worden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, die Bürger-Union dankt dem Kämmerer und allen, die an der Aufstellung des Haushaltes beteiligt waren, für die geleistete Arbeit. Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern, den Einwohnern für viele positive Rückmeldungen und den Steuerzahlern dafür, dass wir weiterhin über die Pflichtaufgaben hinaus Güglingen weiterentwickeln können. Die Bürger-Union stimmt dem vorgelegten Haushalt zu.